

UK führt chemische Kastration für Sexualstraftäter ein

Die britische Regierung plant die Einführung chemischer Kastration für Sexualstraftäter in 20 Gefängnissen, um Rückfallraten zu senken und den Druck auf das überfüllte Gefängnissystem zu verringern.



Die britische Regierung plant die Einführung von Medikamenten zur Unterdrückung des Sexualtriebs bei Sexualstraftätern. Dies ist Teil eines Maßnahmenpakets, das darauf abzielt, das Risiko von Rückfällen zu reduzieren und den Druck auf das Gefängnissystem zu verringern, welches akut Platznot hat.

Einführung der chemischen Kastration

In einer Erklärung vor dem Parlament am Donnerstag, nach der Veröffentlichung eines unabhängigen Gutachtens zur Strafzumessung, erklärte Justizministerin Shabana Mahmood,

dass die sogenannte chemische Kastration in 20 Gefängnissen in zwei Regionen zur Anwendung kommen soll. Zudem prüft sie die Möglichkeit, diese Maßnahme verpflichtend zu machen.

Psychologische Interventionen sind entscheidend

„Es ist wichtig, dass dieser Ansatz gemeinsam mit psychologischen Interventionen verfolgt wird, die andere Ursachen für Straftaten ansprechen, wie das Bedürfnis nach Macht und Kontrolle“, betonte sie. Obwohl in dem Gutachten hervorgehoben wurde, dass die Behandlung für einige Sexualstraftäter, wie etwa Vergewaltiger, die durch Macht und Kontrolle motiviert sind, nicht relevant sein würde, verwies Mahmood auf Studien, die zeigen, dass die chemische Kastration zu einer Reduktion der Rückfälligkeit um bis zu 60 % führen kann.

Internationale Vorbilder

Die Maßnahme wird bereits in Deutschland und Dänemark auf freiwilliger Basis angewandt, in Polen ist sie für bestimmte Straftäter obligatorisch. Diese Empfehlung war Teil einer umfassenden Überprüfung, die von dem ehemaligen Justizminister David Gauke geleitet wurde. Neben der Reduzierung der Rückfallquoten empfahl Gauke auch Reformen zur Überarbeitung des Gefängnissystems, das nahezu voll ausgelastet ist.

Frühzeitige Entlassung und Flexibilität der Richter

Eine der ersten Maßnahmen, die Mahmood nach der Rückkehr der Labour-Partei an die Macht im vergangenen Juli ergriff, war die Genehmigung eines Programms zur vorzeitigen Haftentlassung, um Platz zu schaffen. Sie betonte, dass sie ein Justizsystem übernommen hatte, das über Jahre hinweg von der

vorherigen konservativen Regierung vernachlässigt wurde, und initiierte die Überprüfung, um Stabilität zu schaffen.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

„Wenn unsere Gefängnisse zusammenbrechen, sind die Gerichte gezwungen, Prozesse auszusetzen“, warnte sie. „Die Polizei muss ihre Festnahmen einstellen, Verbrechen bleiben unbestraft, Kriminelle können ungestört agieren und Chaos bricht aus. Wir stehen vor dem Zusammenbruch von Recht und Ordnung in diesem Land.“

Reformvorschläge und Investitionen

Das Gutachten empfahl eine vorzeitige Entlassung von Straftätern sowie mehr Flexibilität für Richter bei der Verhängung von Strafen, wie etwa Fahrverboten. Zudem wurde empfohlen, Haftstrafen von weniger als 12 Monaten abzuschaffen, außer in Ausnahmefällen wie bei häuslicher Gewalt. Auch die sofortige Abschiebung von Ausländern, die zu einer Strafe von drei Jahren oder weniger verurteilt wurden, wurde gefordert.

Der Stellenwert der Bewährungshilfe

Das Gutachten forderte höhere Investitionen in den Bewährungsdienst, um den Beamten mehr Zeit für die Rehabilitation von Straftätern zu geben, sowie zusätzliche Mittel für die deutlich gestiegene Zahl der zuhause überwachten Personen. Mahmood reagierte darauf mit einem jährlichen Budget von 700 Millionen Pfund (ca. 930 Millionen Euro) für die Bewährungshilfe innerhalb der nächsten Jahre.

Reaktionen und Herausforderungen

„Wenn die Regierung nicht die notwendigen Mittel in die

Bewährungshilfe investiert, laufen wir Gefahr, dass wir in der Rehabilitation keine Fortschritte erzielen und es zu einem öffentlichen Widerstand kommen wird“, erklärte Gauke. Die Gefangenenanzahl in England und Wales hat sich in den letzten 30 Jahren nahezu verdoppelt und liegt derzeit bei fast 90.000, trotz sinkender Kriminalitätsraten. Dies ist teilweise der Zuspätschiebung längerer Haftstrafen geschuldet, um im Kampf gegen die Kriminalität härter durchzugreifen.

Konservative Bedenken

Robert Jenrick, Justizsprecher der Konservativen, warnte, dass die Abschaffung kurzer Haftstrafen im Wesentlichen „Verbrechen wie Einbruch, Diebstahl und Körperverletzung entkriminalisieren“ würde. Zudem seien elektronische Fußfesseln „so nützlich wie Rauchmelder, die Lagerfeuer löschen“, wenn es um die Prävention von Rückfällen gehe.

Der Weg nach vorn

Im Gegenzug wies Mahmood darauf hin, dass sie die Hinterlassenschaften der Konservativen aufräumt und dass die Regierung auch die größte Erweiterung des Gefängnissystems seit der viktorianischen Ära im 19. Jahrhundert eingeleitet hat.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at